

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Nägelligasse 9

3000 Bern 7

Tel. 031 351 71 71

Fax 031 351 71 02

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Justiz  
Bundesrain 20  
3003 Bern

6. Mai 2011

**Parlamentarische Initiativen Verfassungsgerichtsbarkeit  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP verdankt die Arbeiten der Kommission und stimmt der vorgeschlagenen Änderung uneingeschränkt zu. Die Rechtskommission hat damit einen sehr sinnvollen Vorschlag unterbreitet.

Mit der vorgeschlagenen Änderung können Bundesgesetze künftig bei ihrer konkreten Anwendung – wie Verordnungen des Bundes und kantonale Erlasse auch – von allen Behörden auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundesverfassung überprüft werden. Heute wird dies durch Art. 190 BV verhindert, welcher den Bundesgesetzen eine Vorrangstellung einräumt. Die Kommission sieht mit dessen Streichung von der Benennung eines Verfassungsgerichts ab und befähigt stattdessen – wie seit langem praktiziert – alle rechtsanwendenden Behörden zur Normenkontrolle. So kann die Neuerung an eine bestehende Tradition anknüpfen.

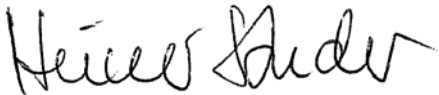
Auslöser für den vorliegenden Vorentwurf waren zwei parlamentarischen Initiativen, wovon erstere seinerzeit vom Unterzeichnenden eingereicht worden ist. Schon früher hat EVP-Nationalrat Otto Zwygart eine parlamentarische Initiative mit gleicher Zielsetzung eingereicht. Der EVP ist es insbesondere ein Anliegen, dass keine Gesetze erlassen werden, welche im Widerspruch zur Bundesverfassung stehen. Dies ist jedoch in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen, so beim Stammzellenforschungsgesetz oder auch bei der Unternehmenssteuerreform II durch die Bevorteilung der Grossaktionäre. Dass bei der Verfassungsgerichtsbarkeit Nachholbedarf besteht, zeigt auch der Steuerfall aus dem Kanton St. Gallen: das Steueramt musste den vorzeitig steuerveranlagten Alleinerziehenden insgesamt 40 Millionen Franken zurückzahlen – nicht aus rechtlichen Gründen, sondern um der Gerechtigkeit willen und weil das Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes gemäss Bundesgericht die Verfassung verletzte.

*Schliesslich wird auch in internationalen Audits zur Demokratie in der Schweiz die fehlende Verfassungsgerichtsbarkeit zuweilen als Minuspunkt vermerkt.*

*Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Arbeit und für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.*

*Freundliche Grüsse*

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Heiner Studer'.

*Parteipräsident*  
*Heiner Studer*

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Joel Blunier'.

*Generalsekretär*  
*Joel Blunier*